

„Die Einnahmen können die Ausgaben nicht decken“

Redebeitrag von OB Dieter Salomon bei der Einbringung des Doppelhaushalts 2007/2008 am 23. Januar im Gemeinderat (Auszüge)

Auch wenn das Zahlenwerk ausgeglichen ist und bei der Nettokreditaufnahme nun eine Null steht – das strukturelle Defizit besteht weiterhin. Unsere laufenden Einnahmen aus eigener Kraft reichen nicht aus, um unsere laufenden Ausgaben zu decken, geschweige denn, um zusätzliche Spielräume für Investitionen zu erwirtschaften oder Rücklagen zu bilden. Wir können noch längst nicht das investieren, was für die dringende Instandhaltung und zur Wertsicherung des städtischen Vermögens notwendig wäre, von weiteren wünschenswerten Projekten ganz zu schweigen.

Wir sind auch von einem Einstieg in den Ausstieg aus der Verschuldung noch weit entfernt. Uns belasten weiterhin rund 336 Millionen Euro an Schulden, für die wir jedes Jahr 25 Millionen Euro Zins und Tilgung bezahlen.

Das bedeutet: Der Entwurf des Doppelhaushalts 2007/2008 ist alles andere als „gesund“, er ist „auf Kante genäht“, wie die beiden Vorgängerdoppelhaushalte auch. Deshalb bleibt unsere vorrangige Aufgabe, dass dauerhaft Einnahmen und Ausgaben wieder ins Lot kommen, die Spielräume für Investitionen aus eigener Kraft erwirtschaftet werden, wieder eine Rücklage gebildet werden kann und wirksam Schulden abgebaut werden können.

Von der Phase der wirtschaftlichen Belebung und des Wachstums, das auch bei äußerst optimistischer Betrachtung noch vor einem halben Jahr oder gar vor einem Jahr von niemandem absehbar gewesen ist, profitieren derzeit alle öffentlichen Haushalte. Das Wissen über Konjunkturverläufe sagt uns aber auch, dass wir nicht darauf vertrauen können, die Probleme des Haushalts ausschließlich über dauerhaftes Wachstum „von außen“ lösen zu können. Mehreinnahmen wie jetzt im Finanzausgleich helfen uns aktuell für die kommenden beiden Jahre. Eine Garantie, dass dies so bleibt, kann uns niemand geben.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Stadtpolitik und Wirtschaftsentwicklung sind nicht voneinander zu trennen. Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und damit von Kaufkraft, die Zukunft von Handel und Gewerbe, die Entwicklung in unseren Zukunftsbranchen hängen von den Rahmenbedingungen ab, die eine Stadt der Wirtschaft vorgibt.

Ein Beispiel ist der Wohnungsbau. Alle Fachleute gehen davon aus, dass die Nachfrage anziehen wird. Wir sind darauf vorbereitet, um über Planungen und Baulandausweisungen auf diese Nachfrage reagieren zu können. In den nächsten vier Jahren, bis einschließlich 2010, wollen wir die Voraussetzungen schaffen für 4500 bis 5000 neue Wohnungen. Dies bedeutet aber gleichzeitig ein „Konjunkturprogramm“, das in der Bauwirtschaft und im Bauhandwerk Wachstum und wirtschaftliche Belebung hervorbringt. In der Gesamtsumme bringt die Stadt so bis 2010 ein Auftragsvolumen von geschätzt ca. 700 Millionen Euro auf den Weg.

Wir halten nach wie vor die Spitzenposition bei den Zuwächsen der Beschäftigtenzahlen, prozentual dreimal so hoch wie der Landesdurchschnitt und deutlich vor allen übrigen Stadtkreisen. Die Arbeitslosigkeit geht zurück, im Gebiet der Wirtschaftsregion auf jetzt noch 5,5 Prozent und damit genau im Landesdurchschnitt Baden-Württemberg. Im Stadtkreis liegen wir mit einer Arbeitslosenquote von ca. 8 Prozent inzwischen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Was bedeutet dies zusammengefasst? Wir sind ein prosperierender und attraktiver Standort mit ausgezeichneten Standortbedingungen. Die Universität und die Forschungsinstitute der Fraunhofer- und der Max-Planck-Gesellschaft stellen einen Standortvorteil für die Wirtschaft dar. Sie generieren wirtschaftliches Wachstum und schaffen Arbeitsplätze.

Wenn wir diesen Eindruck mit unserer eigenen Lage im Haushalt vergleichen, so ergibt sich hier eine Diskrepanz. Die Stadt selbst jedoch kann bei dieser Entwicklung nicht mithalten. Freiburg hat bei der kommunalen Infrastruktur erheblichen Nachholbedarf. Wir hinken in der Qualität und Ausstattung unserer öffentlichen Einrichtungen, insbesondere der Schulen, hinterher.

Deshalb müssen wir umsteuern. Der Entwurf des Doppelhaushalts schafft deutlich erste Schritte für die Sanierung der Schulen.

Junktum zwischen Grundsteuer und Schulsanierung

Das Bürgermeisteramt schlägt zum ersten Mal seit der letzten Erhöhung vor 14 Jahren eine Anhebung des Hebesatzes zur Grundsteuer von 500 auf 600 Punkte vor. An der Notwendigkeit, die Stadtfinanzen nachhaltig in Ordnung zu bringen, gab es auch in der Diskussion zum Stadtbau-Verkauf keinen Zweifel. Ebenso gab es nie einen Zweifel daran, dass wir bei den Schu-

lenerien bei Standortentscheidungen. Die Gefahr, dass eine Anhebung der Gewerbesteuer zu einem konjunkturellen Knick oder sogar zu Standortwechseln führen kann, ist sehr ernst zu nehmen.

Ich verknüpfe ausdrücklich den Vorschlag, im Vermögenshaushalt insgesamt 16 Millionen Euro für die Schulsanierung auszuweisen, mit einer „Gegenfinanzierung“ durch die Grundsteuer. Wir fangen in den nächsten beiden Jahren an mit den Wentzinger-Schulen, gleichzeitig mit ihrem Ausbau als Ganztagschule, außerdem mit der Paul-Hindemith-Schule, der Schneebergschule und den Lessingsschulen. Weiter stehen auf dem Sanierungsplan die Merianschulen, das Theodor-Heuss-Gymnasium, das Rotteckgymnasium und die Staudinger-Gesamtschule.

Verwaltungsreform als Schwerpunktthema

Vor genau zwei Jahren hat die Projektgruppe Verwaltungsreform ihre Arbeit aufgenommen. Was ist in diesen zwei Jahren erreicht worden? Es konnten insgesamt Einsparungen im Umfang von fast 26 Millionen Euro erzielt werden, davon sind 23,7 Millionen Euro jährlich wiederkehrend und damit dauerhaft wirksam. Fast 15 Millionen Euro finden bereits Niederschlag im Haushalt, die restlichen 9 Millionen Euro sind sukzessive bis 2010 oder danach umzusetzen. Weitere 1,5 Millionen Euro sollen bis 2010 durch das Referat für Bauen und Stadtentwicklung erreicht werden.

Das Thema Aufgabenkritik wird der Schwerpunkt für die nächsten zwei Jahre sein. Im Prozess der Aufgabenkritik sind die Fragen zu beantworten: „Was“ tun wir? Das heißt: Erledigen wir die richtigen Dinge? Und „Wie“ tun wir es? Das heißt: Erledigen wir die Dinge richtig? Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir uns von Aufgaben lösen können oder sie in einer anderen Form oder mit Partnern

„Der Entwurf des Doppelhaushalts 2007/2008 ist alles andere als gesund, er ist auf Kante genäht.“

Oberbürgermeister Dieter Salomon am 23. Januar 2007 im Gemeinderat

len handeln müssen. Das Ergebnis des Bürgerentscheids ist ein Signal, dass die Bürgerschaft bereit ist, sich an der Konsolidierung des Haushalts und der Sanierung der Schulen zu beteiligen. Trotz deutlich gesteigerner Steuereinnahmen müssen wir nämlich feststellen: Ohne die Einnahmen von nahezu 15 Millionen Euro aus der Erhöhung der Grundsteuer ist der Einstieg in die Schulsanierung nicht möglich.

In Teilen des Gemeinderats und in der Bürgerschaft ist auch eine Gewerbesteuererhöhung in die Diskussion eingebracht worden. Wir machen uns diesen Vorschlag nicht zu eigen. Gewerbesteuer ist eines der wichtigsten



Oberbürgermeister Dieter Salomon

(Foto: M. Spiegelhalter)

besser und effektiver erledigen können.

Zum überwiegenden Teil sind die Haushaltsentlastungen im Personalhaushalt erzielt worden. Die Entwicklung belegt, was hier tatsächlich erreicht worden ist. Trotz Tarifsteigerungen, trotz des neuen Tarifvertrags sind die Personalaufwendungen rückläufig. Von 2003 bis heute sind - ohne Ausgliederungen - 187 Personalstellen tatsächlich und sozial verträglich abgebaut, hingegen nur 15 tatsächlich neue Stellen geschaffen worden.

Dies spiegelt sich wider in den Haushaltsansätzen. Das Gesamtbudget für Personal liegt 2007 bei rund 132,2 Millionen Euro und 2008 nochmals ca. 400000 Euro niedriger. Bereinigt um die Personalkosten für die Auslagerungen, bleiben wir damit unter den Personalausgaben von 2002, obwohl seitdem Tarifsteigerungen von jährlich bis zu 2,4 Prozent aufzufangen waren. Diese Zahlen gewinnen an Gewicht mit der fiktiven Rechnung, wie die Personalkosten fortzuschreiben gewesen wären, wenn wir nicht aus eigener Kraft gegengesteuert hätten: Um zusammen fast 31 Millionen Euro im Doppelhaushalt läge der Personalaufwand heute höher. (Siehe nebenstehende Grafik „Personalkosten“)

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unser wichtigstes Kapital. Deshalb hält das Bürgermeisteramt an dem Ziel fest, die Dienstvereinbarung zur Beschäftigungssicherung weiterzuführen. Trotz der strengen Sparvorgaben bleiben die Ausbildungsstellen unangetastet und werden sogar noch erhöht, selbst wenn wir Auszubildenden nicht mehr die Gewissheit einer späteren Übernahme geben können.

Entwicklung zu den heutigen Eckwerten

Wir präsentieren Ihnen einen Haushaltsentwurf, dessen Vorgeschichte eine gewisse Dramatik hatte. Noch vor einigen Wochen, auch nach den unerwarteten Mehreinnahmen, mussten wir von einer Deckungslücke von rund 26 Millionen Euro ausgehen, die nun zu einer Null geworden ist. Um dieses Ergebnis zu erreichen, brauchen wir als Bausteine nicht nur die Anhebung der Grundsteuer, sondern auch noch Grundstücksverkäufe, Gewinnabführungen unserer Gesellschaften oder weitere Sparvorgaben beim Personal.

Sämtliche Stellenanträge ohne Gegenfinanzierung sind dem Rotstift zum Opfer gefallen. Es gilt weiterhin ein externer Stellenbesetzungsstopp.

Wir erwarten von den städtischen Gesellschaften erhebliche Beiträge zur Konsolidierung. Bei den freiwilligen Zuschüssen gilt die Kürzung von 10 Prozent bis 2010 und ist anteilig

umgesetzt. Wir wirtschaften ohne jede Reserve, aber auf höchstem Schuldenstand.

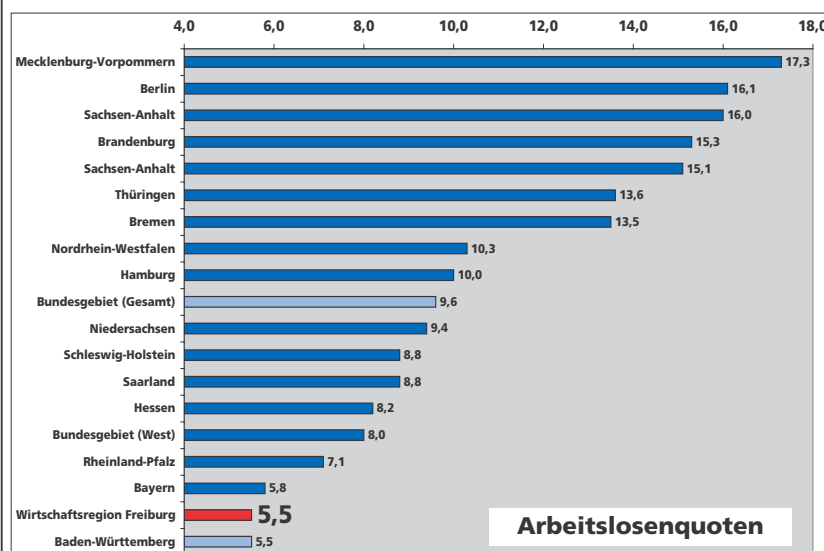
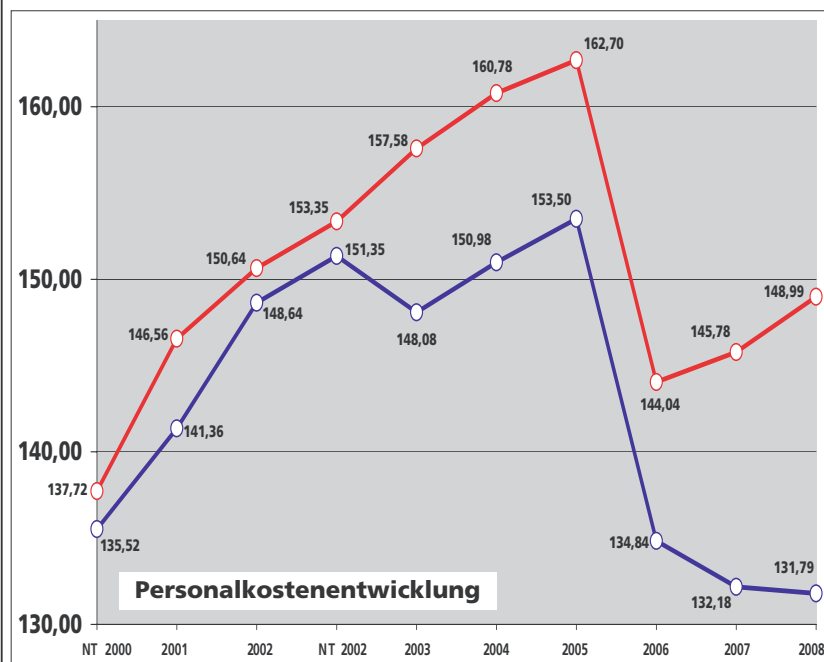
Auf der Ausgabeseite belastet uns der Block der Sozialausgaben. Der Aufwand für Soziales und Jugend ist zwischen 2000 und dem Nachtrag 2006 um rund 50 Prozent auf zuletzt 98,9 Millionen Euro gestiegen. Der letzte Doppelhaushalt war der erste Haushalt, in dem die Arbeitsmarktreformen wirksam wurden. So wichtig und richtig dieses Reformwerk auch war: Sie haben den Haushalt 2005/2006 völlig aus dem Lot gebracht. Inzwischen ist die bis zum Frühjahr 2006 ungebremste Kostenentwicklung wenigstens eingedämmt worden.

Langfristige Perspektive wird günstiger

Auch wenn die Lage schwierig ist, auch wenn von einem gesunden und solide finanzierten Haushalt noch nicht die Rede sein kann, so können wir heute festhalten: Im Vergleich zur Situation vor einigen Monaten ist die langfristige Perspektive über den Doppelhaushalt 2007/2008 hinaus deutlich günstiger. Wenn wir Disziplin wahren, die Verwaltungsreform mit der Aufgabenkritik konsequent fortführen, und wenn uns nicht wieder von außen massive Veränderungen überraschen wie in der Vergangenheit, dann haben wir die realistische Chance, ein weiteres Stück Weges auf dem Ziel zu einem soliden Haushalt voran zu kommen. Dies setzt auch voraus, dass die konjunkturelle Entwicklung anhält und sich für uns in steigenden Einnahmen und sinkenden – oder wenigstens stabil bleibenden – Sozialaufwendungen ummünzt.

Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam in absehbarer Zeit sagen können: Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, wir haben unsere Verantwortung ernst genommen, wir haben die Stadt fit gemacht für die Zukunft. Wir haben mit einer soliden und nachhaltigen Haushaltspolitik die Voraussetzungen dafür geschaffen, unsere vielfältigen Aufgaben in angemessener Form zu erfüllen, gleichzeitig in die öffentliche Infrastruktur im notwendigen Umfang zu investieren, trotz allem noch Rücklagen für schlechtere Zeiten zu bilden, und wir haben angefangen, den Schuldenberg nach und nach abzutragen. Nach vielen Diskussionen, die ich in den letzten Monaten geführt habe, bin ich der festen Überzeugung, dass es für dieses Ziel nicht nur in diesem Hause, sondern auch in der Bürgerschaft eine große Mehrheit gibt. Und ich bin ebenfalls überzeugt davon, dass wir dieses Ziel gemeinsam, nach und nach, erreichen werden. ♣

□ Die ungekürzte Rede steht im Internet unter www.freiburg.de/haushalt



Die Grafik oben zeigt die Entwicklung der Personalkosten: Die rote Linie zeigt an, wie sich die Personalkosten ohne Kürzungen aufgrund der Sparauflagen entwickelt hätten. Die blaue Linie zeigt zum Vergleich die tatsächlichen Personalkostenansätze im Haushalt. Das starke Abfallen beider Linien ist durch die Ausgliederung des Personals im Theater sowie der Bäder 2005 und 2006 zu erklären. Die untere Grafik zeigt die Arbeitslosenquoten in den deutschen Bundesländern sowie der Wirtschaftsregion Freiburg (Stand: November 2006). (Quellen: Kämmerei / FWTM)

„Ohne Steuererhöhung keine Schulsanierung“

Redebeitrag von Finanzbürgermeister Otto Neideck bei der Haushaltseinbringung (Auszüge)

Wir legen Ihnen einen genehmigungsfähigen Entwurf vor, der ohne Neuverschuldung auskommt, eine deutliche Zuführung über die Mindestzuführung hinaus zeigt und auf Ersatzdeckungsmittel verzichten kann. Man könnte vorschnell zu dem Ergebnis kommen, dass damit alle Haushaltsprobleme gelöst seien. Dies wäre ein fataler Trugschluss. Denn dieses Zahlenwerk beruht unter anderem darauf,

- dass die sensationelle Entwicklung der Schlüsselzuweisungen in 2007 und 2008 so eintrifft wie prognostiziert,
- dass die Konsolidierungsmaßnahmen der Verwaltung und der Gesellschaften umgesetzt werden können,
- dass die Einsparungen bei den sozialen, kulturellen und sportlichen Gruppen vom Gemeinderat in der Höhe mitgetragen werden und
- dass die Grundsteuererhöhung umgesetzt wird.

Dabei ist auch zu beachten, dass wir eine Reihe von dringend notwendigen Investitionsmaßnahmen veranschlagt haben, keinen Beitrag zur Entschuldung leisten oder Gelder der Rücklage zuführen können.

Der Oberbürgermeister hat die in dieser Form einmaligen Veränderungen der Schlüsselzuweisungen im Spätherbst des Jahres 2006, die zu den aktuellen Zahlen geführt haben, mit einer „Achterbahnfahrt“ beschrieben. Ende 2005 ist offenbar geworden, welche Folgen die Fehleinschätzungen der Hartz-IV-Gesetzgebung bedeutet haben. Zum gleichen Zeitpunkt fiel die Gewerbesteuer um rund 10 Millionen Euro hinter den Ansätzen zurück. Damals hatte sich ein Loch von rund 30 Millionen Euro für 2006 aufgetan. Dies hat den Anstoß zu den Überlegungen gegeben, die Stadtbau-Beteiligung zu verkaufen, um sich auf einen Schlag zu entschulden und damit das strukturelle Defizit auf eine bis etwa 2010 zu bewältigende Größe zu minimieren.

Kein Wirtschaftsweiser, kein Steuerberater und auch kein Publizist hat das sich nun abzeichnende Ergebnis vorausgesagt. Aber erst dieses Ergebnis hat uns in die Lage versetzt, den Entwurf eines genehmigungsfähigen Haushalts einbringen können.

Was hat sich gegenüber November 2006 nach Bekanntwerden der Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen verändert? Wir waren zuletzt von einer Deckungslücke von rund 26 Millionen Euro ausgegangen. Um zu der

gleich der letzten Wochen hat es in dieser Höhe noch nie vorher gegeben. 2006 werden es allein rund 30 Prozent mehr sein als erwartet. Diese positive Entwicklung hat auch eine Kehrseite als Ausdruck unserer unterproportionalen Steuerkraft. Freiburg ist die einzige Stadt, deren Ergebnis bei der Gewerbesteuer 2006 um 2 Prozent unter dem Haushaltsansatz liegt. Das Ergebnis in Karlsruhe übersteigt um 42 Prozent den Ansatz, in Stuttgart ist das Aufkommen pro Einwohner nahezu doppelt so hoch. Der Vergleich mit den anderen Stadtkreisen zeigt, dass wir an dem vom Städtetag festgestellten Mehraufkommen 2006 mit bundesweit 5 Milliarden Euro leider nicht profitieren konnten.

Der Anteil an der Einkommensteuer zeigt eine Verbesserung des Arbeitsmarkts, aber auch die Erwartung, dass die Reformen zu leicht verbesserten Werten 2007 und 2008 führen dürften.

In der Summe liegen wir bei Steuern

„Man könnte vorschnell zu dem Ergebnis kommen, dass damit alle Haushaltsprobleme gelöst seien. Dies wäre ein fataler Trugschluss.“

Finanzbürgermeister Otto Neideck am 23. Januar 2007 im Gemeinderat

und Schlüsselzuweisungen um rund 61 Millionen Euro, 2008 sogar um 65 Millionen Euro über dem Ergebnis 2005. Dieses Plus ist umso bemerkenswerter, als es noch immer nicht ausreicht, um den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren. Deutlicher ist kaum darzustellen, wie es um die Finanzsituation bestellt ist.

Ausgabenschwerpunkte im Vermögenshaushalt

Das Regierungspräsidium hat klar gemacht, dass die Schulsanierung als PPP-Projekt trotz der nachgewiesenen Vorteile nicht genehmigungsfähig ist, solange eine grundlegende Entschuldung nicht gelingt. Der Zustand unserer Schulgebäude zwingt uns dennoch zum Handeln. Das Bürgermeisteramt schlägt über 16 Millionen Euro vor, um die vordringlichsten Projekte in Angriff zu nehmen.

Einschließlich dieser Ansätze für Schulsanierung machen die Schulen über 60 Prozent des Vermögenshaushalts aus. Darin enthalten sind weiter die begonnenen Ganztagschulen Albert-Schweitzer-Schulen, Vigelius-Schule, Hebelschule, die Altbau-schulsanierung und die Maßnahmen

so ergibt sich ein Bedarf von 9 Millionen Euro pro Jahr. Der Haushalt weist hingegen lediglich ca. 3,0 Millionen Euro pro Jahr aus. Hier setzt sich erkennbar fort, was wir in den letzten Jahren bei den Schulen erlebt haben.

Erfreulich ist, dass es mit Landeszuschüssen und Spenden aus der Bürgerschaft gelingt, den ersten Bauabschnitt des Augustiner Museums darzustellen. Hier ist allerdings auch zu betonen, dass es sich nur um den ersten von drei Abschnitten handelt.

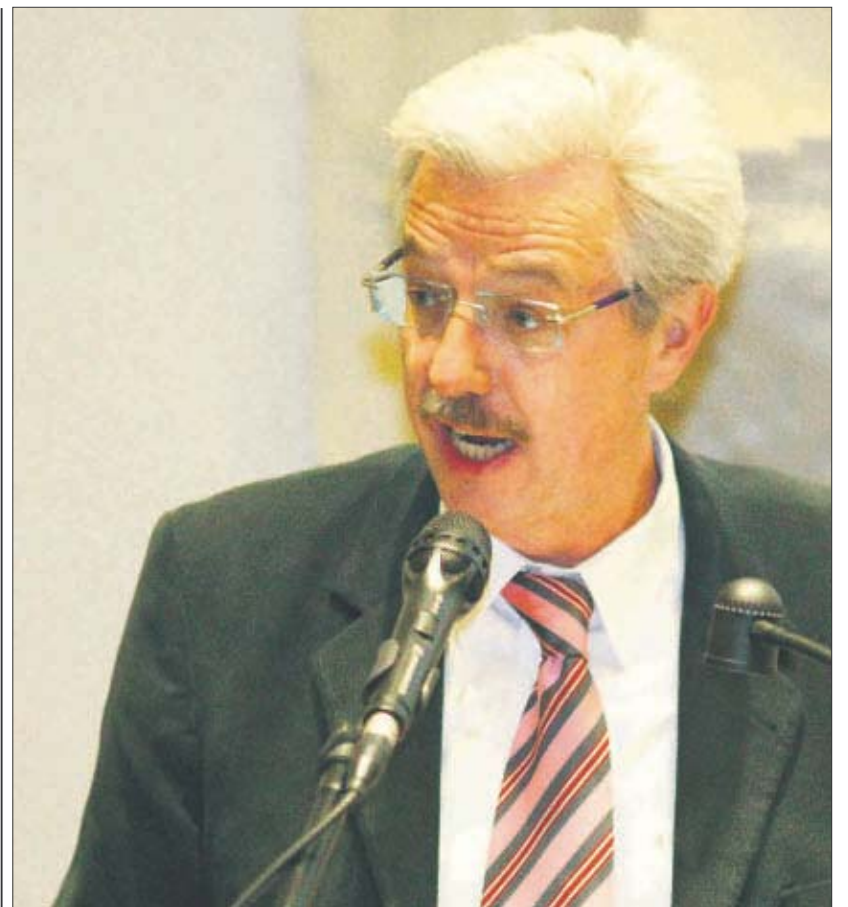
Auch die übrigen Investitionen wie die nicht länger aufschiebbare Heizungssanierung im Rathaus, EDV, Notprogramm der Feuerwehr oder Investitionen für Regenrückhaltebecken sind nur „Anfinanzierungen“ von Projekten. Ebenfalls über mehrere Jahre angelegt sind die Verpflichtungen für die Breisgau-S-Bahn und die Kapitalzuschüsse für die Messeerweiterung.

Eine „Anfinanzierung“ ist auch die Summe 500 000 Euro für die Sanierung Weingarten-West. Wir sprechen von einem Gesamtvolumen von über 20 Millionen Euro in einem Stadtquartier, dessen Wohnungen 30 und mehr Jahre alt sind und in denen ein entsprechender Sanierungstau aufgelaufen ist. Nur mit öffentlicher Förderung wird es möglich sein, die Mietentwicklung in vertretbaren und sozial tragbaren Grenzen einzudämmen. Dafür müssen wir unseren Eigenanteil als Komplementärfinanzierung erbringen. Dies wird aus eigener Kraft nicht möglich sein, sondern nur mit Landesmitteln. Wir wollen damit festschreiben, dass das Projekt Weingarten-West weitergehen wird und die Stadt zu ihren Zusagen steht. Dies gilt auch für die Sanierung in Haslach.

Vergessen wir dabei nicht, dass ein zentraler Finanzierungsbaustein die Veräußerung von Grundstücken und Immobilien von über 40 Millionen Euro ist. Zumindest einen Teil dieser Einnahmen sollte man eigentlich der Rücklage zuführen oder zur Entschuldung nutzen. Dies wird uns auch 2007/2008 nicht gelingen. Wir haben keine Rücklagen mehr, und unser Schuldenstand verharrt auf dem bekannten Niveau von 336 Millionen Euro.

Gestrichene Investitionen

Wie es um unsere Investitionskraft bestellt ist, zeigen die Maßnahmen, die nicht in den Etat aufgenommen sind. Für jede einzelne gilt: wichtig,



Finanzbürgermeister Otto Neideck

(Foto: M. Spiegelhalter)

auch der Aufschub der Sanierung der Feuerwache oder des Feuerwehrhauses Wiehre. Für alle Bäder sind lediglich die dringendsten Maßnahmen eingestellt, um den Betrieb aufrecht zu erhalten und die Sicherheit nicht zu gefährden.

Die städtischen Gesellschaften

Einschließlich der Minderheitsbeteiligung an Badenova liegt der Umsatzerlös der Gesellschaften zum ersten Mal über 1 Milliarde Euro. Die Wirtschaftspläne bringen zum Ausdruck, dass wir bei fast allen Gesellschaften eine deutliche Verbesserung erwarten. Den Gesellschaften kommt eine wichtigere Rolle bei der Konsolidierung des städtischen Haushalts zu. Die Eckwerte des Doppelhaushalts sind nur möglich, wenn auch die Gesellschaften ihren Teil zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Freiburger Stadtbau: Auf der Basis des Umstrukturierungsprogramms wurden Vereinbarungen zur Entlastung des Haushalts getroffen. Für 2007 und 2008 erwarten wir aus der Stadtbau

gen beim Energieverbrauch zu verzeichnen waren.

BreisNet: Erfreulich auch die Entwicklung der BreisNet, die sich am Markt etabliert und stabilisiert hat und mit steigenden Umsätzen Ausschüttungen, wenn auch in bescheidenem Umfang, an die Stadtwerke vornehmen kann.

Regio Bäder: In der Zusammenarbeit zwischen Stadtwerke und Stadtbau wird es darauf ankommen, 2007 eine Konzeption für eine finanzierbare und attraktive Bäderstruktur vorzulegen. Dabei ist klar, dass bei der Stadt Spielräume zur Mitfinanzierung nicht vorhanden sind.

Badenova: Die gestiegenen Energiepreise führen entgegen landläufiger Meinung nicht zu einer besseren Ertragslage bei Badenova. Daher kann die Gewinnabführung nur dauerhaft erreicht werden, wenn Kostensenkungen umgesetzt werden können, wie sie mit dem Konsolidierungsprogramm „Matterhorn“ geplant sind.

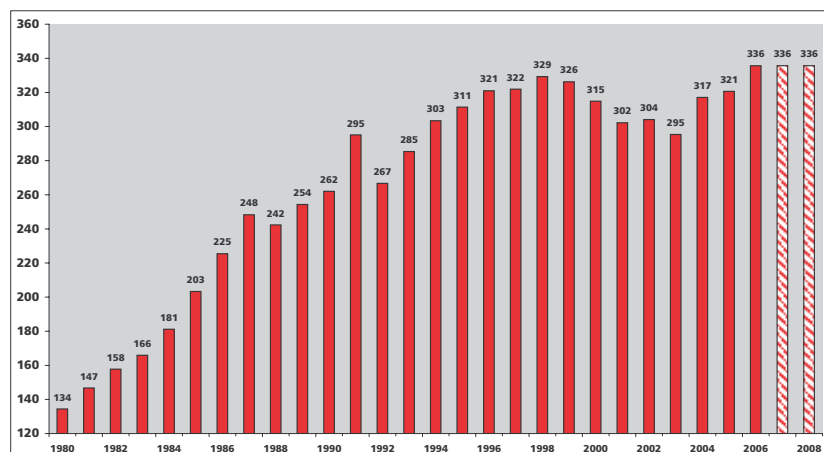
Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg: Ausgesprochen erfreulich ist die Entwicklung der ASE, die gegenüber 2005 den Umsatz um fast 3 Millionen Euro oder knapp 11 Prozent erhöht. Auch die Gewinnabführung an den städtischen Haushalt in Höhe von jeweils rund 0,9 Millionen Euro dokumentiert diese gute Entwicklung.

Freiburg Wirtschaft, Touristik und Messe: Bei der FWTM spielt der Zugewinn der Rothaus-Arena eine wichtige Rolle. Aufgrund ihrer besonderen Struktur und Aufgaben mit Konzerthaus und Messe bleibt die Gesellschaft auf Verlustabdeckungen von rund 5,6 Millionen Euro angewiesen. Im ersten Halbjahr 2007 wird die Touristinformation in die Rathausinformation integriert.

Bürgerhaushalt und Bürgerinformation

Seit einigen Wochen ist das Stichwort „Bürgerhaushalt“ in der politischen Diskussion. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, die das Interesse an Stadtpolitik neu beleben kann. Wir wollen dieses Interesse und Engagement aufnehmen und nutzen. Ein Bürgerhaushalt braucht einen fachlichen und zeitlichen Vorlauf. Dazu werden wir die Erfahrungen anderer Städte auswerten. Das Bürgermeisteramt ist davon überzeugt, dass eine Einbeziehung breiter Schichten der Bürgerschaft zu größerer Akzeptanz politischer Entscheidungen führen kann. Eines ist allerdings auch unstrittig: Ein Bürgerhaushalt kann den Gemeinderat nicht aus der Pflicht der Entscheidung über den Haushalt entlasten.

□ Die ungekürzte Rede steht im Internet unter www.freiburg.de/haushalt



Die Entwicklung des Schuldenstands (in Millionen Euro) seit 1980: 2007 und 2008 sollen zwar keine neuen Schulden hinzukommen; der Schuldenstand verharrt allerdings auf einem Rekordniveau von 336 Millionen Euro (Quelle: Kämmerei)

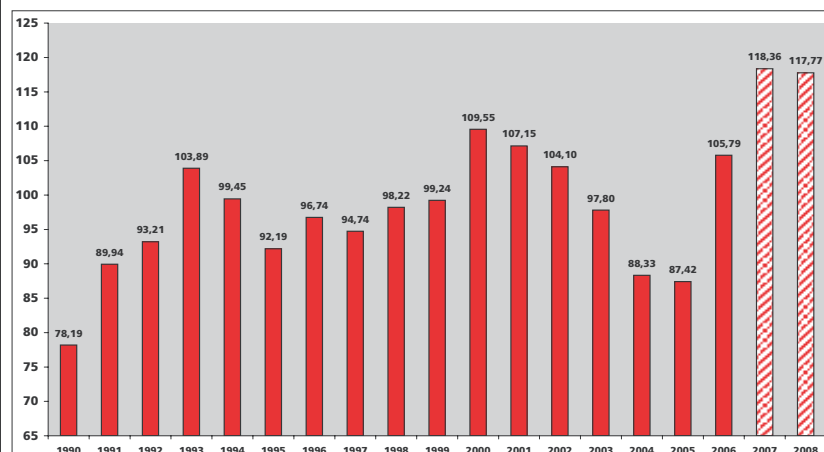
„schwarzen Null“ zu gelangen, waren erhebliche Kraftanstrengungen notwendig:

- 15 Millionen Euro durch die Erhöhung der Grundsteuer, politisch gebunden für die Schulsanierung.
 - Die Stadtbau wird ihre Gewinnabführung auf 5 Millionen Euro 2007 und 6 Millionen Euro 2008 steigern und in diesem Umfang Erbbaugrundstücke erwerben.
 - Aus dem Treuhandkonto Rieselfeld fließen jährlich 2 Millionen Euro an den Vermögenshaushalt.
 - Einnahmen kommen aus Verkäufen von Erbbaugrundstücken und vor allem aus der Vermarktung des Sportplatzgeländes Opfingen von 10 Millionen Euro.
- Die Steigerungen im Finanzaus-

in Deutsch-Französischen Gymnasium, im Droste-Hülshoff-Gymnasium oder als dringend neues Projekt die Feyelschule in Ebnet.

Von 5,5 Millionen Euro für Brandschutz wird ein erheblicher Teil in Schulen fließen. Dies zeigt, wie dramatisch der Nachholbedarf ist. Über den Doppelhaushalt hinaus sind für die nächsten Jahre erhebliche Investitionen notwendig.

In der politischen Dramatik nicht vergleichbar, aber vom Finanzvolumen erheblich, ist der Unterhaltungstau der Straßen, Brücken, Wege und Plätze. Wie schwierig die Lage hier ist, zeigen folgende Zahlen: Das Anlagevermögen beträgt rund 900 Millionen Euro. Wählt man als Richtwert für die Bestandserhaltung jährlich mindestens 1 Prozent,



Die Schlüsselzuweisungen des Landes (in Millionen Euro) zeigen ein stetes Auf und Ab. Nur wenn die Prognosen für 2007 und 2008 tatsächlich eintreffen, kann der Haushalt ausgeglichen werden (Quelle: Kämmerei)

wünschenswert und in der überwiegenden Zahl der Fälle auch notwendig – aber derzeit im Haushalt nicht darstellbar.

Für den Ausbau der Heinrich-von-Stephan-Straße sind die Baumittel gestrichen. Der Grunderwerb ist mit 3 Millionen Euro und 2,6 Millionen Euro eingestellt. Aufgeschoben und nicht aufgehoben gilt für die Stadtbahn Rotteckring und für die Stadtbahn Messe. Auch für die Stadtbahn-Verlängerungen Zähringen oder Littenweiler sind keine Kosten eingestellt.

Das Programm zur Neubeschaffung von Feuerwehrfahrzeugen wird auf jeweils die Hälfte gestreckt. Wir kommen damit an die Grenze dessen, was noch vertretbar ist. Bedauerlich ist

5 bzw. 6 Millionen Euro Gewinne.

Freiburger Verkehrs-AG: Für die VAG ist Ende 2005 ein Restrukturierungsprogramm beschlossen worden mit Senkung von Sach- und Personalkosten, Spartentarifvertrag, Produktivitätssteigerung und Einnahmeverbesserungen von 3,9 Millionen Euro bis 2010 und 5,4 Millionen Euro bis 2013. Als weitere Vorgabe wurde der VAG ein zusätzlicher Betrag von 1 Million Euro genannt, der dieses Jahr erbracht werden soll.

Dass diese Strategie greift, wird unter anderem dadurch deutlich, dass gegenüber 2003 das Defizit von 12,3 Millionen Euro auf ca. 10 Millionen Euro gesenkt werden konnte, obwohl zwei Stadtbahnlinien in Betrieb gegangen sind und erhebliche Kostensteigerun-